

Dr. Gerhard Schmid MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Pressemitteilung

Eine entschiedene Absage erteilte der Europaabgeordnete Dr. Gerhard Schmid Plänen der EU-Kommission, nun auch den Wassermarkt zu liberalisieren. An die Adresse des dafür zuständigen Kommissars Frits Bolkestein gewandt, erklärte der Regensburger SPD-Politiker: "Der hat die Rechnung ohne den Wirt in Gestalt des Parlaments gemacht." Bei der Wasserversorgung handle es sich um kein beliebiges Handelsgut; jeder Bürger innerhalb der EU habe Anspruch auf qualitätsvolles und finanzierbares Trinkwasser.

Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments hatte schon wiederholt bekräftigt, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge in den bewährten Händen der Kommunen bleiben müssten. Das Beispiel Englands, so Schmid, lehre, dass eine Öffnung des Wassermarktes zu Oligopolbildung bei steigenden Preisen führe. Kommissar Bolkestein werde sich innerhalb der Staatengemeinschaft nicht durchsetzen können. "Das ist ein Ordo-Liberaler, der sich schon in Sachen 'feindlicher Übernahmen' von Betrieben eine blutige Nase geholt hat!" Im Vergleich zu Bolkestein sei FDP-Chef Westerwelle geradezu ein Verfechter der Planwirtschaft.

Der EU-Kommissar - er kommt aus der Ölwirtschaft - hatte diese Woche verlautbaren lassen, er wolle eine Öffnung des Wassermarktes als Teil seiner Binnenmarktstrategie bis 2006 prüfen. Nach der Liberalisierung der Branchen Telekommunikation, Energie und Verkehr sei der Bereich Wasserversorgung die letzte noch nicht geöffnete Sparte.

Gerhard Schmid hingegen engagiert sich für den uneingeschränkten Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung im Bereich der Daseinsvorsorge und weiß die kommunalen Spitzenverbände, aber auch die Bayerische Staatsregierung auf seiner Seite. Eine Benachteiligung wirtschaftlich nicht ertragreicher Regionen, gerade in einem Flächenstaat wie Bayern, komme für ihn nicht in Frage. Schmid erinnerte daran, dass in den bundesweit 3500 Kommunalbetrieben 530 000 Personen beschäftigt seien.

09. 05. 2003